



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Arnsberg

mit Öffentlichem Anzeiger

Herausgeber: Bezirksregierung Arnsberg

Amtsblatt-Abo online
Info unter
<http://www.becker-verlag.de>

Arnsberg, 6. Oktober 2007

Nr. 40

Inhalt:

B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

Verordnungen

Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Fröndenberg - Wasserschutzgebietsverordnung „Fröndenberg“ - S. 363

Rundverfügungen

16 Sonstiges: Bekanntmachung gem. § 20 Abs. 2 des Bundesberggesetzes über den Antrag auf Aufhebung des Bergwerkseigentums an dem Steinkohlenbergwerk „Eulalia“ S. 373

Bekanntmachungen

Antrag der Firma AFEE, 57392 Schmallenberg, auf Erteilung einer Genehmigung zur wesentlichen Änderung und zum Betrieb einer Ver-

brennungsmotoranlage in Schmallenberg-Fredeburg S. 374 – Antrag des Herrn Heinrich Hönnemann auf Genehmigung zur Erweiterung seiner Anlage zum Halten und zur Aufzucht von Schweinen in 59368 Werne, Capeller Straße 158 gemäß § 4 BImSchG S. 374 – Antrag der Firma Schröder GbR auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Aufzucht von Masthähnchen in 34431 Marsberg, Am Mühlenweg, gemäß § 4 BImSchG S. 374

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

Aufgebot der Sparkasse Hattingen S. 375 – Kraftloserklärung der Sparkasse Olpe-Drolshagen-Wenden S. 375 – Beschluss der Sparkasse Soest S. 375

E. Sonstige Mitteilungen

Auflösung eines Vereins S. 375

B Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

VERORDNUNGEN

718. Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Fröndenberg - Wasserschutzgebietsverordnung „Fröndenberg“ -

Inhalt:

Präambel

- § 1 Räumlicher Geltungsbereich
- § 2 Schutz in der Zone III - I
- § 3 Düngung im Wasserschutzgebiet
- § 4 Militärische Übungen und Liegenschaften
- § 5 Duldungspflichten
- § 6 Genehmigungen

- § 7 Befreiungen
- § 8 Entschädigungen und Ausgleichszahlungen
- § 9 Ordnungswidrigkeiten
- § 10 Andere Rechtsvorschriften
- § 11 In-Kraft-Treten

Aufgrund

- der §§ 19 und 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3245)
- der §§ 14, 15, 116, 117, 136, 138, 141, 150, 161 und 167 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG) vom 25. Juni 1995 (SGV. NRW 77) in der Fassung der Änderung vom 3. 5. 2005
- der Nr. 20.1.6 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVOtU) vom 14. Juni 1994 (SGV. NRW 282)
- der §§ 12, 25, 27, 28, 29, 30, 33 und 34 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz - OBG) vom 13. Mai 1980 (SGV. NRW 2060)

wird verordnet:

Präambel

Der umfassende Schutz der Gewässer zum Zwecke der Trinkwassergewinnung zum Wohle der Bevölkerung im Einzugsgebiet der Trinkwassergewinnung Fröndenberg macht es notwendig, dieses Wasserschutzgebiet auszuweisen.

Der Vollzug dieser Verordnung wird von den zuständigen Wasserbehörden durchgeführt. Die Regelungen dieser Verordnung wurden vor dem Hintergrund festgesetzt, dass über weitere Tatbestände spezialgesetzlich nach dem Wasserhaushaltsgesetz bzw. Landeswassergesetz NRW sowie den dazugehörigen Verordnungen zu entscheiden ist. Derartige Regelungen (insbesondere Abwasseranlagen, -einleitungen, Wärmepumpen, Rohrleitungen gem. § 19 a WHG etc.) sind in dieser Verordnung nicht aufgenommen, da der Gewässerschutz durch die Wasserbehörden im Rahmen ihrer Entscheidungskompetenz gesichert ist.

Bei allen Entscheidungen ist dem Schutzzweck dieser Verordnung Rechnung zu tragen; auch bei konkurrierenden Nutzungsansprüchen ist der Trinkwasserversorgung aufgrund ihres entscheidenden Gewichts grundsätzlich Vorrang einzuräumen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutze der Gewässer im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage **Fröndenberg** ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.
Begünstigte im Sinne von § 15 Abs. 1 LWG ist die Stadtwerke Fröndenberg GmbH.
- (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die weitere Schutzzone (Zone III), die engere Schutzzone (Zone II) und in den Fassungsbereich (Zone I).
- (3) Es erstreckt sich auf
den Kreis Unna, Stadt Fröndenberg,
Gemarkung Frohnhausen, Flure 1, 2 und 3 (jeweils teilweise),
Gemarkung Warmen, Flur 6 (teilweise),
Gemarkung Stentrop, Flure 1 und 2 (jeweils teilweise),
Gemarkung Neimen, Flur 1 (teilweise) und Flure 2 und 3 (jeweils ganz),
Gemarkung Fröndenberg, Flure 1, 5, 22 und 23 (jeweils teilweise), Flure 3 und 4 (jeweils ganz) und Flure 6 - 21 (jeweils ganz).
- (4) Über das Wasserschutzgebiet mit seinen Schutz-zonen gibt die als Anlage zu dieser Verordnung ange-fügte **Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000** einen Überblick.

Im Einzelnen ergibt sich die genaue Abgren-zung des Wasserschutzgebietes und seiner Schutz-zonen aus der Schutzgebietskarte im Maßstab 1 : 5000, in der die Zone III gelb, die Zone II grün und die Zone I rot angelegt ist. Übersichtskarte und Schutzgebietskarte sowie die Anlagen A (Begriffsbestimmungen) und B (genehmigungspflichtige und verbotene Handlungen und Maßnahmen) sind Bestandteil dieser Verordnung. Die Verordnung liegt vom Tag des In-Kraft-Tretens an zu jedermanns Einsicht während der Dienst-stunden bei folgenden Behörden aus:

1. Bezirksregierung Arnsberg
- Obere Wasserbehörde -
59821 Arnsberg

2. Landrat des Kreises Unna
- Untere Wasserbehörde -
59425 Unna
3. Bürgermeister
der Stadt Fröndenberg
58730 Fröndenberg

§ 2

Schutz in den Zonen III - I

- (1) Das Wasserschutzgebiet soll in der Regel das gesamte Einzugsgebiet einer Trinkwassergewinnungsanlage umfassen. Dabei ist sowohl das unterirdische als auch das oberirdische Einzugsgebiet zu berücksichtigen. Der unterschiedlichen Auswirkung der Gefahrenherde nach Art, Ort, Dauer und Untergrundbeschaffenheit muss durch Gliederung des Wasserschutzgebietes in Schutz-zonen und durch angemessene Nutzungsbeschränkungen Rechnung getragen werden. Die Gefahr für das genutzte Grundwasser nimmt - außer bei flächenhaften Einträgen - allgemein mit zunehmendem Abstand des Gefahrenherdes von der Trinkwassergewinnungsanlage ab. Aufbauend auf dem flächen-deckenden Grundwasserschutz gliedert sich ein Wasserschutzgebiet in der Regel in die Schutz-zonen III, II und I.
- (2) Die **Zone III** soll den Schutz vor weit reichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen oder radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.
- (3) Die **Zone II** soll den Schutz vor Verunreinigungen durch pathogene Mikroorganismen (z. B. Viren, Bakterien, Parasiten und Wurmeier) sowie vor sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die bei geringer Fließdauer und Strecke zur Trinkwassergewinnungsanlage gefährlich sein können.
- (4) Die **Zone I** soll den Schutz der Gewinnungsanlagen und ihrer unmittelbaren Umgebung vor jeglichen Verunreinigungen und Beeinträchtigungen gewährleisten. In der Zone I sind alle Handlungen verboten, die nicht dem ordnungsgemäßen Betreiben, Warten oder Unterhalten des Wasserwerks, der Gewinnungsanlagen und der Entnahmeeinrichtungen, der behördlichen Überwachung der Wasserversorgung oder dem Ausüben der Gewässeraufsicht dienen.

Das Betreten der Zone I ist nur solchen Personen gestattet, die im Interesse der Wasserversorgung handeln oder mit behördlichen Überwachungsaufgaben betraut sind.

Land- und forstwirtschaftliche Maßnahmen sowie gartenbauliche Nutzung sind verboten, soweit sie nicht dem Erhalten und Pflegen der zum Schutz der Gewässer notwendigen Grasnarbe und des Baumbestandes dienen. Der Einsatz chemischer Mittel für Pflanzenschutz, Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung und jegliche Düngung sind verboten.

- (5) Die einzelnen Genehmigungs- und Verbotstatbestände in den Zonen III und II gehen aus der dieser Verordnung beigefügten **Anlage B** hervor.

Soweit die Regelungen sich auf das Errichten, Herstellen oder wesentliche Ändern beziehen, gelten sie nicht für den rechtmäßigen Vollzug einer zum

Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Verordnung vorliegenden bestandskräftigen Genehmigung oder sonstigen behördlichen Zulassung.

§ 3

Düngung im Wasserschutzgebiet

- (1) Ziel der Gewässer schonenden Düngung im Sinne dieser Verordnung ist es, die Gewässer im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung vor nachteiligen Einwirkungen durch eine nicht im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft erfolgende Ausbringung von Düngemitteln zu schützen.
- (2) Die Nährstoffträger dürfen nur zum Zwecke der Düngung nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen, d. h. unter Beachtung der Düngeverordnung **und** der Beratungsempfehlungen der Landwirtschaftskammer NRW aufgebracht werden.
- (3) Die Düngebedarfsermittlung hat nach einem aktualisierten schriftlichen Düngeplan zu erfolgen. Die Ausbringung der Düngemittel ist durch schlagbezogene Aufzeichnungen zu dokumentieren. Die o. g. Düngepläne bzw. Aufzeichnungen sind 9 Jahre aufzubewahren und auf Verlangen der Unteren Wasserbehörde vorzulegen.
- (4) In begründeten Einzelfällen haben Betriebe > 3 ha bewirtschafteter Fläche auf Aufforderung der Unteren Wasserbehörde nach Maßgabe der Landwirtschaftskammer NRW am Ende der Vegetationsperiode die Nährstoffversorgung des Bodens (z. B. N_{min}-Untersuchung) zu ermitteln.

Das gleiche gilt für Betriebe < 3 ha bewirtschafteter Fläche bei einem Missverhältnis zwischen Tierbestand und zu bewirtschaftender Fläche.

Bodenproben nach Satz 1 und 2 sind einschließlich der Probeentnahme von einer fachlich geeigneten neutralen Stelle (z. B. LUFA) durchzuführen. Die Untersuchungsergebnisse sind der Unteren Wasserbehörde mit einer Erläuterung der jeweiligen Kreisstelle der Landwirtschaftskammer NRW zuzuleiten.

Die Untere Wasserbehörde ist berechtigt, weitere Bodenproben von einer fachlich geeigneten neutralen Stelle entnehmen zu lassen.

§ 4

Militärische Übungen und Liegenschaften

Bei militärischen Übungen und Liegenschaften sind die im Merkblatt W 106 des DVGW „Militärische Übungen und Liegenschaften der Streitkräfte in Wasserschutzgebieten“ in der jeweils gültigen Fassung festgelegten Erlaubnisse und Verbote zu beachten.

§ 5

Duldungspflichten

- (1) Eigentümer und Nutzungsberechtigte von Grundstücken im Wasserschutzgebiet sowie die Begünstigte haben die wasserbehördliche Überwachung des Wasserschutzgebietes, insbesondere hinsichtlich der Befolgung der Vorschriften dieser Verordnung und der nach ihr getroffenen Anordnungen, sowie die Beobachtung der Gewässer und des Bodens gem. §§ 19 Abs. 2 Nr. 2, 21 WHG und §§ 116, 117 und 167 Abs. 2 LWG zu dulden.

- (2) Anlagen und sonstige Einrichtungen, die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Verordnung bestehen und die nach Maßgabe des sonstigen öffentlichen Rechts im Bestand und Betrieb geschützt sind, genießen Bestandsschutz. Eigentümer und Nutzungsberechtigte sowie die Begünstigte haben jedoch zu dulden, dass solche Anlagen und Einrichtungen an die Vorschriften der Verordnung angepasst und erforderliche Sicherungsmaßnahmen getroffen werden (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 WHG).

- (3) Eigentümer und Nutzungsberechtigte von Grundstücken im Wasserschutzgebiet und die Begünstigte haben darüber hinaus

1. das Errichten, Betreiben und Unterhalten von Einrichtungen zur Sicherung der Zone I gegen unbefugtes Betreten,
2. das Aufstellen, Unterhalten oder Beseitigen von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern,
3. das Auffüllen von Mulden und Erdaufschlüssen sowie das Beseitigen von Ablagerungen,
4. das Betreten der Grundstücke zur Beobachtung, Messung und Untersuchung der Gewässer und zur Entnahme von Bodenproben,
5. die Anlage und den Betrieb von Grundwasserbeobachtungsbrunnen und Messstellen an oberirdischen Gewässern und
6. das Errichten und Unterhalten von Anlagen zur Sicherung gegen Überschwemmungen

durch die zuständige Behörde bzw. die Begünstigte zu dulden. Der Betroffene ist vorab zu informieren.

- (4) Soweit Maßnahmen nach Abs. 1 - 3 widersprochen wird, ist die Untere Wasserbehörde berechtigt, die zu duldenden Maßnahmen gegenüber dem jeweiligen Eigentümer, Nutzungsberechtigten oder Begünstigten durch schriftlichen Bescheid anzuordnen. Die Begünstigte ist vorher zu hören; bei fachspezifischen Fragen sind ggf. auch andere Träger öffentlicher Belange (z. B. Landwirtschaftskammer NRW, Forstamt) zu hören. Soweit bergrechtliche Belange berührt sind, ergeht die Entscheidung im Benehmen mit der Bergbehörde. Die Begünstigte und die am Verfahren Beteiligten erhalten Abschriften nachrichtlich zur Kenntnis.

§ 6

Genehmigungen

- (1) Über die Genehmigung nach § 2 Abs. 5 i. V. m. der Anlage B dieser Verordnung entscheidet die zuständige Untere Wasserbehörde. Dem Genehmigungsantrag sind in vierfacher Ausfertigung Unterlagen wie Beschreibungen, Pläne, Zeichnungen, Berechnungen und sonstige Nachweise beizufügen, soweit sie zur Beurteilung des Antrages erforderlich sind.
- (2) Die Untere Wasserbehörde beteiligt die Begünstigte. Sie kann vor ihrer Entscheidung bei fachspezifischen Fragen ggf. auch andere Träger öffentlicher Belange hören.
- (3) Die Genehmigung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, soweit es das Interesse der öffentlichen Wasserversorgung gebietet,

die Gewässer im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen, die bei der Erteilung der Genehmigung nicht voraussehbar waren. Sie kann auch einmalig für eine bestimmte Zahl in der Zukunft liegender Handlungen gleicher Art erteilt werden.

- (4) Der Bescheid über den Genehmigungsantrag ist dem Antragsteller bekanntzugeben und allen am Verwaltungsverfahren Beteiligten zu übersenden.
- (5) Die Genehmigung erlischt, wenn innerhalb von zwei Jahren nach Bestandskraft der Genehmigung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung ein Jahr unterbrochen worden ist.
- (6) Einer besonderen Genehmigung nach den Vorschriften dieser Verordnung bedarf es nicht für Handlungen, die nach anderen Bestimmungen einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung, bergrechtlichen Betriebsplanzulassung oder sonstigen behördlichen Zulassung bedürfen, wenn diese von der Unteren oder Oberen Wasserbehörde oder mit deren Einvernehmen erteilt wird.

§ 7

Befreiungen

- (1) Die Untere Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten des § 2 Abs. 4 und 5 i. V. m. der Anlage B dieser Verordnung eine Befreiung erteilen, wenn andere Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen und
 1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder
 2. das Verbot zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führt und die Abweichung mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Gewässerschutzes, im Sinne dieser Verordnung vereinbar ist.Vor der Entscheidung ist die Begünstigte zu beteiligen.
- (2) Der Begünstigten kann auf Antrag von der Unteren Wasserbehörde eine Befreiung von den Verboten dieser Verordnung erteilt werden, soweit dies zum Betrieb der Wassergewinnungs- und -versorgungsanlage erforderlich und mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit vereinbar ist.
- (3) Vor der Entscheidung über eine Befreiung nach Abs. 1 oder Abs. 2 ist von der Unteren Wasserbehörde in hygienischen und gesundheitlichen Fragen eine Stellungnahme der zuständigen Unteren Gesundheitsbehörde und bei landwirtschaftlichen Fragen der Landwirtschaftskammer NRW einzuholen.
- (4) Im Übrigen gelten die Vorschriften des § 6 Abs. 1 - 5 entsprechend.

§ 8

Entschädigungen und Ausgleichszahlungen

- (1) Stellt eine Anordnung nach dieser Verordnung eine Enteignung dar, befindet die Obere Wasserbehörde auf Antrag des Betroffenen über die Entschädigung gem. §§ 19 Abs. 3, 20 WHG, §§ 15 Abs. 2, 134 und 135 LWG.

- (2) Setzt eine Anordnung nach dieser Verordnung erhöhte Anforderungen fest, die die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung eines Grundstückes beschränken, so ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile auf Antrag eines Beteiligten durch die Obere Wasserbehörde gemäß § 19 Abs. 4 WHG, § 15 Abs. 2 und 3 LWG ein angemessener Ausgleich festzusetzen, soweit nicht eine Entschädigungspflicht nach Abs. 1 besteht.

Der Antrag setzt voraus, dass die Beteiligten sich ernsthaft um eine gütliche Einigung vergeblich bemüht haben.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach § 2 Abs. 4 und 5 i. V. m. der Anlage B dieser Verordnung genehmigungspflichtige Handlung ohne die Genehmigung nach § 6 oder eine nach dieser Verordnung verbotene Handlung ohne eine Befreiung nach § 7 vornimmt oder Auflagen eines entsprechenden Bescheides nicht einhält.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von zurzeit bis zu 50 000,- Euro geahndet werden (§ 161 Abs. 4 LWG).

§ 10

Andere Rechtsvorschriften

Die in anderen Rechtsvorschriften vorgesehenen Anzeige-, Genehmigungs-, Duldungs- oder Zulassungspflichten, Beschränkungen oder Verbote bleiben unberührt.

§ 11

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt eine Woche nach dem Tage ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Arnsberg in Kraft und gilt 40 Jahre (§ 14 Abs. 4 LWG).

Arnsberg, den 12. September 2007

Az.: 54.01.04.01-978.651

Bezirksregierung

als Obere Wasserbehörde

gez. Helmut Diegel

Regierungspräsident

(4807)

Abl. Bez. Reg. Abg. 2007, S. 363

Anlage A

- Begriffsbestimmungen -

zur ordnungsbehördlichen Verordnung
zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das
Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage
Fröndenberg

- Wasserschutzgebietsverordnung „Fröndenberg“ -

Im Sinne dieser Verordnung sind

1. Wassergefährdende Stoffe (§ 19 g Abs. 5 WHG i. V. m. § 1 VAwS)

Feste, flüssige oder gasförmige Stoffe, die sich im Wasser lösen, sich mit diesem vermischen, an seinen Inhaltsstoffen haften oder seine Oberfläche bedecken und dadurch die physikalischen, chemischen oder biologischen Eigenschaften des Wassers nachteilig verändern können, insbesondere

- Säuren, Laugen
- Alkalimetalle, Siliciumlegierungen mit über 30 v. H. Silicium, metallorganische Verbindungen, Halogene, Säurehalogenide, Metallcarbonyle und Beizsalze
- Mineral- und Teeröle sowie deren Produkte
- flüssige und wasserlösliche Kohlenwasserstoffe, Alkohole, Aldehyde, Ketone, Ester, halogen-, stickstoff- und schwefelhaltige organische Verbindungen
- biologische und chemische Mittel für Pflanzenschutz, zur Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung (Pflanzenschutzmittel)
- Gifte.

Zu diesen gehören auch die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Wasserhaushaltsgesetz über die Einstufung wassergefährdender Stoffe in Wassergefährdungsklassen - Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe (VwVwS) - des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der jeweils gültigen Fassung aufgeführten wassergefährdenden Stoffe.

2. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Selbstständige und ortsfeste oder ortsfest benutzte Funktionseinheiten. Betrieblich verbundene unselbstständige Funktionseinheiten bilden eine Anlage (§ 2 Abs. 1 Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe - VAwS).

Unterirdisch sind Behälter und Rohrleitungen, die vollständig oder teilweise im Erdreich eingebettet sind. Alle anderen Behälter und Rohrleitungen gelten als oberirdisch (§ 2 Abs. 2 VAwS).

Die Regelungen in Bezug auf Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen schließen den **Umgang und das Lagern** mit ein.

3. Wesentliches Ändern

Jede Änderung bzw. Erweiterung, die die Frage nach einer Besorgnis der Gewässergefährdung erneut aufwirft.

Darüber hinaus ist hierunter auch das Erweitern und die Nutzungsänderung von Gebäuden im Sinne der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) zu verstehen.

4. Düngemittel

Stoffe, die dazu bestimmt sind, unmittelbar oder mittelbar Nutzpflanzen zugeführt zu werden, um ihr

Wachstum zu fördern, ihren Ertrag zu erhöhen oder ihre Qualität zu verbessern; ausgenommen sind Stoffe, die überwiegend dazu bestimmt sind, Pflanzen vor Schadorganismen und Krankheiten zu schützen oder, ohne zur Ernährung von Pflanzen bestimmt zu sein, die Lebensvorgänge von Pflanzen zu beeinflussen sowie Bodenhilfsstoffe, Kultursubstrate, Pflanzenhilfsmittel, Kohlendioxid, Torf und Wasser (vgl. § 1 Nr. 3 ff. Düngemittelgesetz - DüngMG).

4.1 Wirtschaftsdünger

Tierische Ausscheidungen, Gülle, Jauche, Stallmist, Stroh sowie ähnliche Nebenerzeugnisse aus der landwirtschaftlichen Produktion, auch weiterbehandelt, die dazu bestimmt sind, zu einem der in Nr. 4, 1. Teilsatz genannten Zwecke angewandt zu werden.

4.2 Sekundärrohstoffdünger

- Abwasser, Fäkalien, Klärschlamm und ähnliche Stoffe aus Siedlungsabfällen und vergleichbare Stoffe aus anderen Quellen, jeweils auch weiterbehandelt und in Mischungen untereinander mit Stoffen nach § 1 Nrn. 1 - 5 DüngMG, die dazu bestimmt sind, zu einem der in Nr. 4, 1. Teilsatz genannten Zwecke angewandt zu werden.

- Bioabfälle
Abfälle tierischer oder pflanzlicher Herkunft zur Verwertung, die durch Mikroorganismen, bodenbürtige Lebewesen oder Enzyme abgebaut werden können; hierzu gehören insbesondere die in Anhang 1 Nr. 1 der Bioabfallverordnung (BioAbfV) genannten Abfälle; Bodenmaterial ohne wesentliche Anteile an Bioabfällen gehört nicht zu den Bioabfällen; Pflanzenreste, die auf forst- oder landwirtschaftlich genutzten Flächen anfallen und auf diesen Flächen verbleiben, sind keine Bioabfälle (§ 2 Abs. 1 BioAbfV).

5. Intensivkulturen

Landwirtschaftliche Kulturen mit hohem Düngemittel- und/oder Pflanzenschutzmitteleinsatz und dauernder Bearbeitung, die stets an gleicher Stelle angebaut werden.

6. Intensivtierhaltungen

Tierhaltungen im Freien, bei denen das Futter nicht zum überwiegenden Teil durch unmittelbare Bodenertragsnutzung gewonnen werden kann.

7. Intensivbeweidung

Die großflächige Zerstörung der Grasnarbe durch überproportionale Beweidungsintensität.

8. Pferche

Eingezäunte Flächen, die zur mehrtägigen Unterbringung von Schafen dienen.

9. Dauergrünland

Nicht in die Fruchtfolge einbezogene Flächen, auf denen ständig für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren Gras erzeugt wird. Es kann sich um eingesätes oder natürliches Grasland handeln. Zum Zwecke einer Grünlandnutzung im Rahmen des Vertragsnaturschutzes oder Vertragsgewässerschutzes eingebrachte Ackerflächen fallen nicht unter diese Regelung.

10. Kahlhieb

Die Entnahme aller Bäume auf der Bestandsfläche. Eine Lichthauung, die den Bestockungsgrad auf weniger als 0,4 absenkt, ist dem Kahlhieb gleichgesetzt.

Anlage B

zur ordnungsbehördlichen Verordnung
zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das
Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Fröndenberg

- Wasserschutzgebietsverordnung „Fröndenberg“ -

Inhaltsverzeichnis:

1. Abfallwirtschaft
2. Bodeneingriffe
3. Gebäude, bauliche Anlagen und Nutzungen i. S. d. BauO NRW
4. Baustelleneinrichtung
5. Friedhöfe
6. Fischwirtschaft
7. Forstwirtschaft
8. Weihnachtsbaumkulturen
9. Landwirtschaft und Gartenbau
10. Pflanzenschutzmittel
11. Verkehrsanlagen
12. Anlagen zum Güterumschlag, die nicht unter Nr. 13 geregelt sind
13. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen i. S. d. § 19 g WHG
14. Anlagen zum Erzeugen, Bearbeiten, Verarbeiten oder Spalten von Kernbrennstoffen, zum Aufarbeiten bestrahlter Kernbrennstoffe und zum Erzeugen ionisierender Strahlen sowie das Lagern und Zwischenlagern radioaktiver Stoffe

Genehmigungspflichtige und verbotene Handlungen und Maßnahmen

In der Schutzzone I sind gem. § 2 Abs. 4 der Verordnung auch alle unter Nr. 1-14 aufgeführten Handlungen verboten.

Zeichenerklärung:

- V = Handlung oder Maßnahme ist verboten, Befreiung kann unter Auflagen und Bedingungen erteilt werden
G = Handlung oder Maßnahme unterliegt der Genehmigungspflicht durch die Wasserbehörde
- = durch Schutzgebietsverordnung nicht geregelt

Nr.	Tatbestand und Handlung	III	II
1	<u>Abfallwirtschaft</u>		
1.1	<u>Anlagen zur Beseitigung (Ablagern) von Abfällen (Deponien)</u> Errichten, wesentliches Ändern	V G: Anlagen zum Ablagern nicht nachteilig veränderter Locker- und Festgesteine	V
1.2	<u>Errichten und wesentliches Ändern von Anlagen zur Beseitigung (Lagern und Behandeln) und Verwertung von Abfällen</u>		
1.2.1	- die überwachungsbedürftig oder besonders überwachungsbedürftig gem. § 41 KrW-/AbfG i. V. m. dem untergesetzlichen Regelwerk sind	V	V
1.2.2	- die nicht überwachungsbedürftig oder nicht besonders überwachungsbedürftig sind	G	V

Nr.	Tatbestand und Handlung	III	II
2	<u>Bodeneingriffe</u>		
2.1	Gewinnung von Bodenschätzen i. S. d. AbgrG NRW und Bergrechts		
2.1.1	oberhalb vom Grundwasser	G	V
2.1.2	im Grundwasser	V	V
2.2	Grabungen und künstliche Erdaufschlüsse (z. B. wissenschaftliche Grabungen, Ausschachtungen, Verlegung von Versorgungsleitungen, Bohrungen, Schürfungen)	G <u>ausgenommen:</u> - Weidebrunnen - Ausschachtungen bei baugenehmigungsfreien bzw. baugenehmigten Vorhaben gemäß BauO NRW	G <u>ausgenommen:</u> Weidebrunnen
Unterhaltungsmaßnahmen, die aus Gründen der Verkehrssicherheit oder zur Abwendung einer drohenden Gefahr unabweisbar notwendig sind, sind der Unteren Wasserbehörde unverzüglich nachträglich anzuzeigen.			
2.3	Verwenden auswasch- oder auslaugbarer wassergefährdender Stoffe im Erd- und Tiefbau, soweit von diesen eine Gefährdung für das Grundwasser ausgeht und die Gefahr des Austrags des Stoffes bestehen kann (z. B. Bauschutt, Müllverbrennungsrückstände, Schlacken, teer- und phenolhaltige Stoffe)	G: Verwendung nach dem Stand der Technik mit Materialien, die den gesetzlichen und ministeriellen Anforderungen für eine Verwendung entsprechen	V
2.4	<u>Sprengungen</u>	G	V
3	<u>Gebäude, bauliche Anlagen und Nutzungen i. S. d. BauO NRW</u>		
3.1	Motorsportanlagen und Motorsport Errichten, wesentliches Ändern von Motorsportanlagen sowie Durchführen von Motorsportveranstaltungen außerhalb von Motorsportanlagen	V	V
3.2	Campingplätze/Zeltlager		
3.2.1	Errichten, wesentliches Ändern von Campingplätzen	G	V
3.2.2	Einrichten und Betreiben von Zeltlagern ohne sanitäre Einrichtungen	V	V
3.2.3	Errichten und Betreiben von Zeltlagern mit sanitären Einrichtungen	-	G
3.3	Märkte, Volksfeste oder ähnliche Veranstaltungen außerhalb dafür zugelassener baulicher Anlagen	G	G
3.4	Schießstätten außerhalb von Gebäuden		
3.4.1	Errichten	V	V
3.4.2	wesentliches Ändern	G	V
3.5	Windkraftanlagen		
3.5.1	Errichten	G	V
3.5.2	wesentliches Ändern	G	G

Nr.	Tatbestand und Handlung	III	II
3.6	Gebäude und sonstige bauliche Anlagen, die nicht gesondert in den Anlagen A und B dieser Verordnung geregelt sind		
3.6.1	Errichten	G <u>ausgenommen:</u> baugenehmigungsfreie Vorhaben sowie Vorhaben im beplanten Bereich gemäß § 30 BauGB	V G: - privilegierte Bauvorhaben gem. § 35 Abs. 1 BauGB für in der Schutzzone II bestehende Betriebe - Baulückenschließung innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile, wenn das Abwasser (ausgenommen Niederschlagswasser) aus der Schutzzone II herausgeleitet wird
3.6.2	Wiederherstellen, wesentliches Ändern	G <u>ausgenommen:</u> baugenehmigungsfreie Vorhaben sowie Vorhaben im beplanten Bereich gemäß § 30 BauGB	V G: soweit keine Erhöhung des Gefährdungspotenzials zu besorgen ist
4	Baustelleneinrichtung soweit Aufenthaltsunterkünfte, sanitäre Einrichtungen und Baustofflager geschaffen oder Maschinen gewartet werden	-	V
5	Friedhöfe (ausgenommen Urnenbestattungen) Neuanlegen, wesentliches Erweitern	V	V
6	Fischwirtschaft Fischhaltung mit Zufütterung, Netzfischhaltung	V	V
7	Forstwirtschaft		
7.1	Wald		
7.1.1	Kahlhieb oder eine diesem in der Wirkung gleichkommende Lichthauung	-	G: über 0,3 ha
7.1.2	Umwandlung von Wald in andere Nutzungsarten	-	V
7.2	Nährstoffträger Aufbringen	V G: forstwirtschaftliche Kompensationskalkung zur Eindämmung von Waldschäden	V G: forstwirtschaftliche Kompensationskalkung zur Eindämmung von Waldschäden
7.3	Pflanzenschutzmittel Verwenden von in Wasserschutzgebieten zugelassenen Pflanzenschutzmitteln aus der Luft	G	G
8	Weihnachtsbaumkulturen		
8.1	Anlegen und Erweitern	G	G
8.2	Entnahme von Ballen	G	V

Nr.	Tatbestand und Handlung	III	II
9	Landwirtschaft und Gartenbau		
9.1	Dauergrünland Umwandlung in eine andere landwirtschaftliche oder gartenbauliche Nutzung	G	V
9.2	Gartenbaubetriebe		
9.2.1	Neuanlegen, wesentliches Ändern	G	V
9.2.2	Umwidmung landwirtschaftlicher Betriebe	G	G
9.3	Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle und Silagesickersäften i. S. d. § 19 g Abs. 2 WHG (JGS-Anlagen) sowie ortsfeste Anlagen zum Lagern von Festmist		
9.3.1	Errichten	G	V
9.3.2	wesentliches Ändern	G	V G: soweit keine Erhöhung des Gefährdungspotenzials zu besorgen ist
9.4	Silagen/Silagemieten		
9.4.1	Silagelagerung außerhalb fester Anlagen	V <u>ausgenommen:</u> Ballensilage in Schutzfolie oder vergleichbare Silierverfahren mit mindestens 30 % Trockengehalt, von denen keine Umweltgefährdung ausgeht	V <u>ausgenommen:</u> Ballensilage in Schutzfolie oder vergleichbare Silierverfahren mit mindestens 30 % Trockengehalt, von denen keine Umweltgefährdung ausgeht
9.4.2	Fahrsilos		
9.4.2.1	Errichten	G	V
9.4.2.2	wesentliches Ändern	G	V G: soweit keine Erhöhung des Gefährdungspotenzials zu besorgen ist
9.5	Zwischenlagern von Silagen und Festmist im Freien		
		V <u>ausgenommen:</u> - Ballensilage in Schutzfolie oder vergleichbare Silierverfahren mit mindestens 30 % Trockengehalt, von denen keine Umweltgefährdung ausgeht - wenn anfallende Sickersäfte schadlos aufgefangen, verwertet oder ordnungsgemäß beseitigt werden und der Standort jährlich gewechselt und nach der Räumung gezielt begrünt wird	V <u>ausgenommen:</u> Ballensilage in Schutzfolie oder vergleichbare Silierverfahren mit mindestens 30 % Trockengehalt, von denen keine Umweltgefährdung ausgeht
9.6	Intensivkulturen		
	Neuanlegen, Erweitern	V	V
9.7	Intensivtierhaltung		
	Errichten, wesentliches Ändern	V	V

Nr.	Tatbestand und Handlung	III	II
9.8	Intensivbeweidung	V <u>ausgenommen:</u> Wenn ein Beweidungsabstand von mindestens 5 m zum Gewässer eingehalten wird.	V
9.9	Pferche Errichten	-	V
9.10	Aufbringen von Sekundärrohstoffdünger	V <u>ausgenommen:</u> Gartenkompost im häuslichen Bereich G: Bioabfälle pflanzlicher Herkunft, soweit es sich um kompostierbare Abfälle (EAK: 20 02 01) handelt sowie Biokomposte mit dem Rotlungsgrad 4 und höher	V <u>ausgenommen:</u> Gartenkompost im häuslichen Bereich
9.11	Aufbringen von Gülle, Jauche, Silagesickersaft und Festmist	V <u>ausgenommen:</u> Düngung nach § 3	V
9.12	Aufbringen von Mineraldünger	V <u>ausgenommen:</u> Düngung nach § 3	V <u>ausgenommen:</u> Düngung nach § 3
10	Verwenden von in Wasserschutzgebieten zugelassenen Pflanzenschutzmitteln aus der Luft (soweit nicht unter 7.3 geregelt)	V	V
11	Verkehrsanlagen		
11.1	Bau neuer Straßen, Wege und Bahnanlagen	G	V G: Wirtschaftswege
11.2	wesentliches Ändern bestehender Straßen, Wege und Bahnanlagen	G	G
11.3 11.3.1	Rastanlagen, Parkplätze und Stellplätze Errichten	G: für mehr als 10 Kfz	V G: bis zu 10 Kfz
11.3.2	wesentliches Ändern	G	V G: Maßnahmen, die den Gewässerschutz verbessern
11.4	Start- und Landebahnen Errichten und wesentliches Ändern	V	V
12	Anlagen zum Güterumschlag , die nicht unter Ziffer 13 geregelt sind Errichten, wesentliches Ändern	G	V
13	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen i. S. d. § 19 g WHG		
13.1	Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen Errichten, wesentliches Ändern	G <u>ausgenommen:</u> - Anlagen zum Lagern von Heizöl sowie Dieselmotorkraftstoff, wenn der Rauminhalt bei ausschließlicher	V <u>ausgenommen:</u> Anlagen < 1000 l

Nr.	Tatbestand und Handlung	III	II
		oberirdischen Lagerbehältern 100 000 l und bei unterirdischen Lagerbehältern 40 000 l nicht übersteigt und die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Transport, Füllung, Leerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden - Anlagen < 1000 l - Anlagen > 1000 l, wenn die Anlage vor Inbetriebnahme von einem nach § 11 VAWS zugelassenen Sachverständigen auf ihren ordnungsgemäßen Zustand (§ 12 VAWS) überprüft wird	
13.2	Transport wassergefährdender Stoffe	-	V ausgenommen: - Liefer- und Abholverkehr für Anwohner des Wasserschutzgebietes - Durchtransport im Rahmen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung - Durchtransport auf klassifizierten Bundes- und Landesstraßen
14	<u>Anlagen zum Erzeugen, Bearbeiten, Verarbeiten oder Spalten von Kernbrennstoffen, zum Aufarbeiten bestrahlter Kernbrennstoffe und zum Erzeugen ionisierender Strahlen sowie das Lagern und Zwischenlagern radioaktiver Stoffe</u> Errichten, wesentliches Ändern	V ausgenommen: das Lagern und Verwenden radioaktiver Stoffe im medizinischen Bereich sowie im Bereich der Prüf-, Regel- und Messtechnik	V

RUNDVERFÜGUNGEN

16 Sonstiges

**719. Bekanntmachung
gem. § 20 Abs. 2 des Bundesberggesetzes
über den Antrag auf Aufhebung
des Bergwerkseigentums an
dem Steinkohlenbergwerk „Eulalia“**

Bezirksregierung Arnsberg Dortmund, 20. 9. 2007
Abteilung Bergbau
und Energie in NRW
87.02.2.4-3083-1-2

Herr Rechtsanwalt Crämer (Rechtsanwälte Gerber, Habenstein und Crämer, Goethestraße 4 a in 58313 Herdecke) hat in seiner Eigenschaft als vom Amtsgericht Wetter bestellter Abwickler der Gewerkschaft alten Rechts Eulalia in Wetter einen Antrag auf Aufhebung des Bergwerkseigentums an dem Steinkohlenbergwerk „Eulalia“ gestellt.

Das Bergwerk „Eulalia“ liegt in den Städten Wetter und Herdecke, im Ennepe-Ruhr-Kreis und im Regierungsbezirk Arnsberg. Es ist eingetragen im Berggrundbuch von Wetter Band II Blatt 427/442.

Mit der Aufhebung erlischt das Bergwerkseigentum.

Zugleich gehen auch alle am Bergwerkseigentum bestehenden dinglichen Rechte unter. Jeder dinglich Berechtigte hat deshalb gemäß § 20 Abs. 3 Bundesberggesetz 13. 8. 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben vom 9. 12. 2006 (BGBl. I S. 2833/2852), das Recht, die Zwangsversteigerung zu beantragen. Der Antrag ist innerhalb von drei Monaten vom Tag der Bekanntmachung dieser Veröffentlichung ab bei dem Amtsgericht Wetter als dem zuständigen Gericht zu stellen.

Sollte ein Antrag auf Zwangsversteigerung nicht gestellt werden oder das Zwangsversteigerungsverfahren nicht zur Erteilung des Zuschlags führen, wird das Bergwerkseigentum aufgehoben.

Im Auftrag:
gez. Frische

(158)

Abl. Bez. Reg. Abg. 2007, S. 373

BEKANNTMACHUNGEN

**720. Antrag der Firma AFEE,
57392 Schmalleberg, auf Erteilung
einer Genehmigung zur wesentlichen Änderung
und zum Betrieb einer Verbrennungsmotoranlage
in Schmalleberg-Fredeburg**

Bezirksregierung Arnsberg Lippstadt, 14. 9. 2007
56-LP-9140463-G 57/07-Web/Jag

Öffentliche Bekanntmachung

Die Firma AFEE GmbH, 57392 Schmalleberg, beantragt gemäß § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz eine Genehmigung zur wesentlichen Änderung und zum Betrieb einer Verbrennungsmotor- und Holzvergasungsanlage in 57392 Schmalleberg-Fredeburg.

Nach dem vorliegenden Antrag soll die bereits genehmigte und vorhandene Verbrennungsmotoranlage für den Einsatz von in einem Holzvergaser erzeugten Holzgas durch die Erweiterung der Verbrennungsmotoranlage für den Einsatz von Pflanzenöl wesentlich geändert werden.

Anlagen dieser Art sind unter Nr. 1.3.1 und 1.3.2 Spalte 2 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung – UVPG – vom 12. 2. 1990, in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. 6. 2005 (BGBl. I S. 1757) genannt.

Für diese Anlagen ist eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3 c, S. 2 UVPG vorzunehmen.

Für die Bewertung aufgrund der vorgelegten Antragsunterlagen, eigener Ermittlungen und der für die Entscheidung maßgeblichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergab, dass durch das geplante Vorhaben im Bereich des o. g. Standortes keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt entstehen können.

Das Vorhaben bedarf daher keiner Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Vorschriften des UVPG. Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Die gemäß § 3 a UVPG erforderliche Information der Öffentlichkeit erfolgt mit dieser Bekanntmachung. Die Entscheidungsgründe liegen im Dienstgebäude Lipperoder Str. 8, 59555 Lippstadt, Zimmer 443 aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Im Auftrag:

gez. Weber

(194) Abl. Bez. Reg. Abg. 2007, S. 374

**721. Antrag des Herrn Heinrich Hönnemann
auf Genehmigung zur Erweiterung
seiner Anlage zum Halten und zur Aufzucht
von Schweinen in 59368 Werne,
Capeller Straße 158 gemäß § 4 BImSchG**

Bezirksregierung Arnsberg Lippstadt, 24. 9. 2007
56-LP-9100389-1-G 25/06-Ni

Öffentliche Bekanntmachung

Herr Heinrich Hönnemann beantragt gemäß § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz eine Genehmigung zur Erweiterung seiner Anlage zum Halten und zur Aufzucht von Schweinen in 59368 Werne, Cappeller Str. 158.

Gegenstand des Antrages ist im Wesentlichen der Neubau (Anbau) eines Schweinemaststalles mit 456 Endmastplätzen sowie die Nutzungsänderung einer Maschinenhalle zu einem Abferkelstall mit 86 Plätzen. Nach Durchführung des Vorhabens stehen dem Betrieb Hönnemann 321 Sauenplätze (bisher 265), 1124 Ferkelaufzuchtplätze (bisher auch 1124), 656 Vormastplätze (bisher 278) und 456 Endmastplätze (bisher keine) zur Verfügung.

Durch das geplante Vorhaben wird die in Nr. 7.1 Spalte 2 des Anhangs der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) vom 14. 3. 1997 (BGBl. I S. 504) in der zurzeit geltenden Fassung für Anlagen zum Halten und zur Aufzucht von Schweinen festgelegte Anlagengröße erstmals überschritten, sodass gem. § 1 Abs. 5 4. BImSchV die gesamte Anlage der Genehmigung bedarf.

Anlagen dieser Art gehören weiterhin zu den unter Nr. 7.7.2; 7.8.2 in Verbindung mit Nr. 7.11.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 20. 6. 2005 (BGBl. I S. 1757) in der zurzeit geltenden Fassung genannten Vorhaben.

Für diese Vorhaben ist eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3 c, Satz 2 UVPG vorzunehmen.

Die Bewertung aufgrund der vorgelegten Antragsunterlagen, eigener Ermittlungen und der für die Entscheidung maßgeblichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergab, dass durch das geplante Vorhaben im Bereich des v. g. Standortes keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt entstehen können.

Das beantragte Vorhaben bedarf daher keiner Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Vorschriften des UVPG. Diese Feststellung ist gemäß § 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Die gemäß § 3 a UVPG erforderliche Information der Öffentlichkeit erfolgt mit dieser Bekanntmachung. Die Entscheidungsgründe liegen bei der Bezirksregierung Arnsberg (Standort Lippstadt), Lipperoder Str. 8, 59555 Lippstadt – Zimmer 443 – aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Im Auftrag:

gez. Niederhaus

(242) Abl. Bez. Reg. Abg. 2007, S. 374

**722. Antrag der Firma Schröder GbR
auf Genehmigung zur Errichtung und
zum Betrieb einer Anlage zur Aufzucht
von Masthähnchen in 34431 Marsberg,
Am Mühlenweg, gemäß § 4 BImSchG**

Bezirksregierung Arnsberg Lippstadt, 24. 9. 2007
56-LP-9141623-1-G 55/07-Ni

Öffentliche Bekanntmachung

Die Firma Schröder GbR, Hubertusstr. 42, 34431 Marsberg beantragt gemäß § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz eine Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Aufzucht von Masthähnchen in 34431 Marsberg, Am Mühlenweg, Gemarkung Heddinghausen, Flur 2, Flurstück 76.

Nach dem vorliegenden Antrag ist die Errichtung eines geschlossenen, zwangsbelüfteten Stallgebäudes, in dem eine Hähnchenmast mit 39 900 Plätzen in Bodenhaltung betrieben werden soll, geplant.

Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich um eine Anlage, die unter Nr. 7.1a/cc, Spalte 2 des Anhangs der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) vom 14. 3. 1997 (BGBl. I S. 504) in der zurzeit geltenden Fassung genannt ist.

Anlagen zur Intensivhaltung oder -aufzucht von Mastgeflügel mit 30 000 bis weniger als 84 000 Plätzen gehören weiterhin zu den unter Nr. 7.3.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 20. 6. 2005 (BGBl. I S. 1757) in der zurzeit geltenden Fassung genannten Vorhaben.

Für diese Vorhaben ist eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3 c, Satz 2 UVPG vorzunehmen.

Die Bewertung aufgrund der vorgelegten Antragsunterlagen, eigener Ermittlungen und der für die Entscheidung maßgeblichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergab, dass durch das geplante Vorhaben im Bereich des v. g. Standortes keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt entstehen können.

Das beantragte Vorhaben bedarf daher keiner Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Vorschriften des UVPG. Diese Feststellung ist gemäß § 3 a UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Die gemäß § 3 a UVPG erforderliche Information der Öffentlichkeit erfolgt mit dieser Bekanntmachung. Die Entscheidungsgründe liegen bei der Bezirksregierung Arnsberg (Standort Lippstadt), Lipperoder Str. 8, 59555 Lippstadt – Zimmer 443 - aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Im Auftrag:

gez. Niederhaus

(225) Abl. Bez. Reg. Abg. 2007, S. 374

C **Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen**

723. Aufgebot der Sparkasse Hattingen

Wir bieten das Sparkassenbuch mit der Kontonummer 403 982 903 hierdurch auf.

Der Inhaber des Sparkassenbuches muss innerhalb von 3 Monaten seine Rechte unter Vorlage des Sparkassenbuches geltend machen. Nach Ablauf dieser Frist wird das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt.

Hattingen, 26. 9. 2007

Sparkasse Hattingen

Der Vorstand

(50) Abl. Bez. Reg. Abg. 2007, S. 375

724. Kraftloserklärung der Sparkasse Hattingen

Wir erklären das Sparkassenbuch mit der Kontonummer 330 109 281, ausgestellt von der Sparkasse Hattingen, hiermit gemäß § 16 Abs. 2 Ziff. 6 SpkVO für kraftlos.

Hattingen, 26. 9. 2007

Sparkasse Hattingen

Der Vorstand

(46) Abl. Bez. Reg. Abg. 2007, S. 375

725. Kraftloserklärung der Sparkasse Olpe-Drolshagen-Wenden

Das Sparkassenbuch Nr. 303 511 836 der Sparkasse Olpe-Drolshagen-Wenden wird hiermit für kraftlos erklärt.

Olpe, 21. 9. 2007

Sparkasse Olpe-Drolshagen-Wenden

Der Vorstand

gez. D. Kohlmeier gez. W. Rücker

(49) Abl. Bez. Reg. Abg. 2007, S. 375

726. Beschluss der Sparkasse Soest

Das von der Sparkasse Soest ausgestellte Sparkassenbuch Nr. 472 001 510 wird hiermit für kraftlos erklärt.

Soest, 27. 9. 2007

Sparkasse Soest

Der Vorstand

(42) Abl. Bez. Reg. Abg. 2007, S. 375

E **Sonstige Mitteilungen**

Auflösung eines Vereins

Die Liquidatoren der Gesellschaft für Innovative Aus- und Weiterbildung e. V., Dortmund (AG Dortmund VR Nr. 4722), machen die Auflösung des Vereins bekannt. Die Gläubiger werden zur Anmeldung ihrer Ansprüche bei den Liquidatoren, Marlies Menke-Leseberg und Dr. Detlef Leseberg, Gartenstraße 36, 48496 Hopsten, aufgefordert. (33)



Foto: Christof Krackhardt

fairhandeln

Lebensbedingungen verbessern

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte lassen sich nicht verhandeln. „Brot für die Welt“ macht sich mit seiner Lobbyarbeit dafür stark, dass nicht nur politisch diskutiert, sondern auch gehandelt wird. Übernehmen Sie mit uns Verantwortung, damit sich die Lebensbedingungen weltweit verbessern.

Gottes Spielregeln für eine gerechte Welt
Postbank Köln 500 500 500 · BLZ 370 100 50

Brot
für die Welt
www.brot-fuer-die-welt.de

Erscheint wöchentlich: Amtsblatt mit Öffentlichem Anzeiger, Abo (eMail oder Post): 13,60 € je Halbjahr.

Eintrückungsgebühren für eine Veröffentlichung im Umfang von:

bis 100 mm = 0,40 € pro mm,
bis 300 mm = 0,30 € pro mm,
über 300 mm = 0,29 € pro mm.

Die genannten Preise enthalten 7 % Mehrwertsteuer.

**Abonnement-Bezug durch die Deutsche Post AG oder per eMail: amtsblatt@becker-verlag.de
Einzelstücke werden nur durch F. W. Becker GmbH, 59821 Arnsberg, Grafenstraße 46,
zum Stückpreis von 4,- € inkl. Mehrwertsteuer und Versand ausgeliefert.**

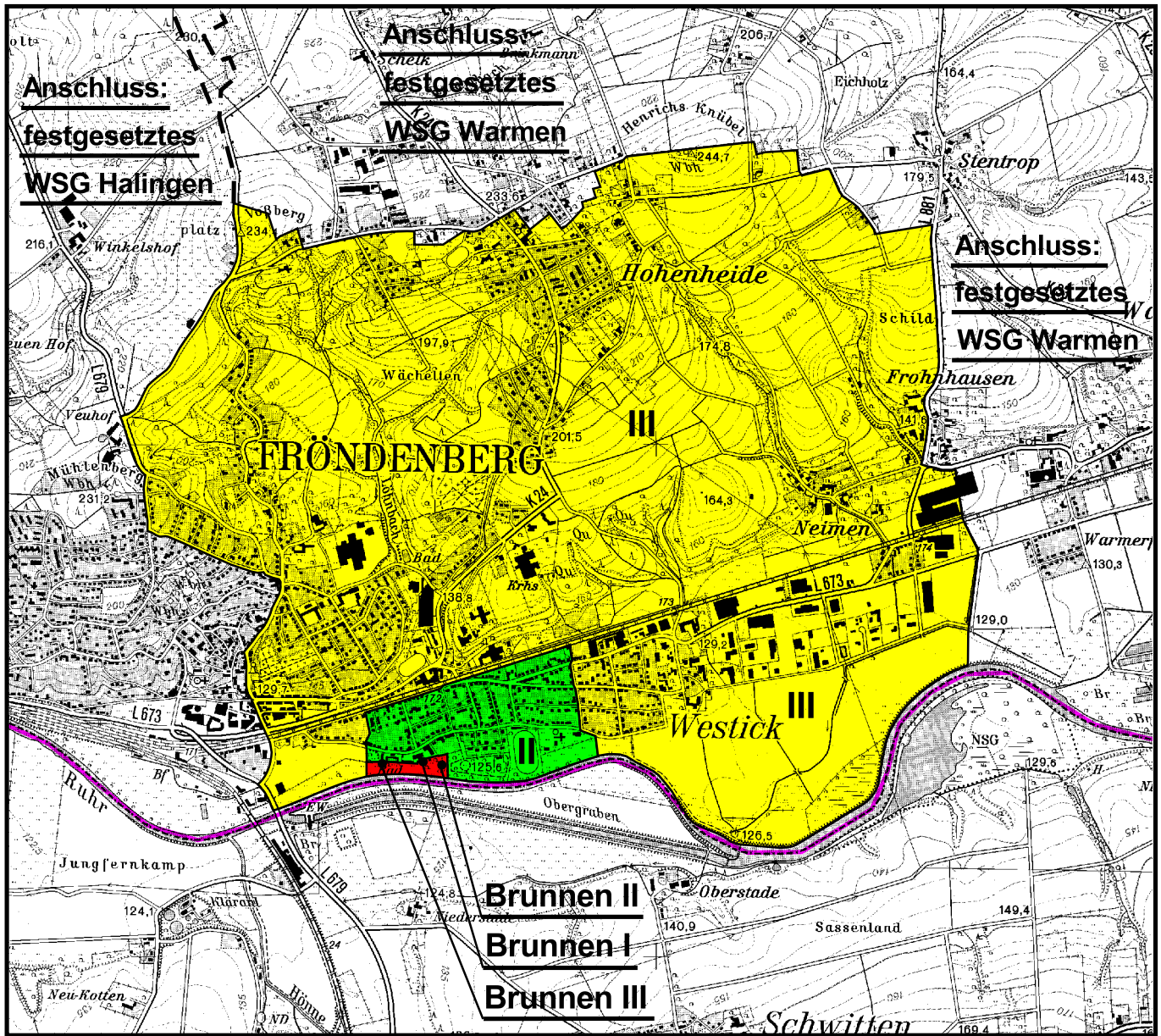
Herausgeber: Bezirksregierung Arnsberg, 59817 Arnsberg, Postfach, Tel. (0 29 31) 82 26 20, Telefax (0 29 31) 8 24 03 86

Druck, Verlag und Vertrieb:

F. W. Becker GmbH
Grafenstraße 46 · 59821 Arnsberg
Tel. 0 29 31/52 19-0 · Fax 0 29 31/52 19-33

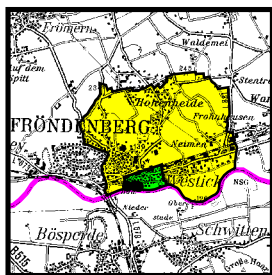
 **becker druck**
PRINT · MEDIA · PUBLISHING

**Einsendungen für das Regierungsamtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger sind nur an die Bezirksregierung
– Reg.-Amtsblatt – in 59817 Arnsberg, Postfach, zu richten. Redaktionsschluss: Freitag der Vorwoche, 12.00 Uhr.**



Digitale Daten des Landes Nordrhein - Westfalen

TK 4512



Legende

- Gewinnungsanlage
- Schutzzone
- I
- II
- III
- Gemeinde

Wasserschutzgebiet Fröndenberg

Maßstab 1 : 25.000

Diese Übersichtskarte ist
Bestandteil der Wasserschutzgebietsverordnung
vom 12.09.2007 - Az.: 54.01.04.01-978.651 -.



Bezirksregierung Arnsberg
- Obere Wasserbehörde -

gez. Helmut Diegel

Regierungspräsident